Ressort: Technik

Schaar: Vorratsdatenspeicherung stellt Bürger unter Generalverdacht

Berlin, 16.04.2015, 10:11 Uhr

GDN - Der ehemalige Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar hat den Kompromiss innerhalb der Bundesregierung zur Vorratsdatenspeicherung scharf kritisiert. Unbescholtene Bürger würden mit der Speicherung ihrer Daten unter Generalverdacht gestellt, sagte Schaar in einem Interview mit dem Deutschlandfunk am Donnerstag.

Der Begriff Generalverdacht sei sicherlich ein Stück weit berechtigt, "jedenfalls wenn es um die Internet-Nutzung geht und um die Telefon-Nutzung, weil ja alle diese Daten gespeichert werden". Das Argument, der Staat benötige die Informationen, um Sicherheit zu schaffen ziehe nicht. "Der Staat braucht die Daten von uns allen, damit er uns tatsächlich schützen kann", so Schaar. "Insofern frage ich mich, brauchen wir das wirklich, und meine Antwort wäre erst mal, nein, brauchen wir nicht." Der Beweis, dass Terroranschläge mit der Vorratsdatenspeicherung verhindert werden könnten, sei bislang nicht erbracht worden. Auch die Anschläge von Paris seien nicht verhindert worden, obwohl es in Frankreich die Vorratsdatenspeicherung gebe. Der stellvertretende FDP-Chef Wolfgang Kubicki erklärte am Mittwoch, dass "die anlasslose und massenhafte Datenspeicherung" auch mit dem ausgehandelten Kompromiss, der eine Höchstspeicherdauer von zweieinhalb Monaten vorsieht, "ein Verfassungsbruch der übelsten Sorte" bleibe. "Wer glaubt, es gäbe schlüssige und vernünftige Gründe, in die Privatsphäre von 82 Millionen unbescholtenen Bundesbürgern einzugreifen, der stellt alle Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht und hebelt die Unschuldsvermutung rücksichtslos aus." Kubicki kündigte an, gegen die geplante Vorratsdatenspeicherung zu klagen, wenn sie Gesetz werden sollte. Auch die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) hat heftige Kritik am Alleingang der Bundesregierung bei der Vorratsdatenspeicherung geübt: "Die Einigung von Union und SPD ist kaum mehr als Augenwischerei, die Vorratsdatenspeicherung bleibt ein Überwachungsmonster", sagte die FDP-Politikerin dem "Handelsblatt" (Donnerstagausgabe). "Die Bundesregierung verschachert die Privatsphäre der Bürger aus Populismus, anstatt endlich in Europa für einen wirksamen Datenschutz zu sorgen", so die frühere Justizministerin.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-53017/schaar-vorratsdatenspeicherung-stellt-buerger-unter-generalverdacht.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619